

Ä1 Viel mehr als Provinz! Starke politische Bildung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Antragsteller*in: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Änderungsantrag zu B3

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

vorhanden sind. Auch Strukturen zur Stärkung der Jugendbeteiligung, wie Jugendparlamente oder -beiräte, müssen mitgedacht werden.

Darüber hinaus können reine Freizeitveranstaltungen, bspw. Konzerte, Sport-Events oder Märkte, durchgeführt werden, auf denen Informationsstände aufgebaut und politische Bildung in allen Varianten mit angeboten werden.

Ä3 Viel mehr als Provinz! Starke politische Bildung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu B3

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Vernetzungen zwischen ländlichen Gebieten zu ermöglichen und politische Bildungsveranstaltungen inklusiver zu gestalten. Desweiteren fordern wir die Schaffung/ Ausweitung von Stellen zur Unterstützung der Antragstellungen dieser Fördermittel.

Begründung

Gerade kleinere Kommunen haben mit ehrenamtlichen Kreis-/gemeinderät:innen nicht die Chance, Fördermittelanträge formell korrekt oder mit gleichem Umgang zu bearbeiten wie größere Kommunen mit vollausgestatteten Planungsämtern. Ohne diese Unterstützung zur Planung kommen schlimmstenfalls die Fördermittel am Ende doch nur wieder in größeren Kommunen abseits des ländlichen Raumes an.

Ä4 Viel mehr als Provinz! Starke politische Bildung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu B3

Von Zeile 4 bis 6 löschen:

werden, und Strukturen geschaffen werden in Bereichen, in denen noch keine vorhanden sind. Auch Strukturen zur Stärkung der Jugendbeteiligung, ~~wie Jugendparlamente oder -beiräte~~, müssen mitgedacht werden.

Begründung

Jugendliche sollen sich frei von bestehenden Formen der Jugendbeteiligung in anderen Orten entscheiden können, auf welche Form der Partizipation Sie Wert legen. Die genannten Beispiele sind per se nicht schlecht, aber die Vorgabe durch das Erwähnen kann als darauf einschränkend ausgelegt werden.

Ä1 Still loving Azubiticket.

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu M2

Von Zeile 16 bis 18:

50 € Monatskosten für die Auszubildenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Die entstehenden Kosten sollen **dagegen** in gleichen Teilen durch die **Unternehmen** jeweilige Kommune und **Betriebe** dem Land getragen werden. Als Arbeitgeber:innen müssen sie sich stärker für ihre

Begründung

Wir finden, dass wir die mittelständischen Firmen, gerade auf dem Land, unterstützen müssen, weil sie einen großen Beitrag zur Aufgabe des Staates bei der Infrastruktur beitragen.

PS: Still loving Azubiticket! :D

Ä1 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu M3

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Azubi-Ticket zu einem Jugend-Ticket weiterzuentwickeln. Dieses soll Schüler*innen und Auszubildenden, Studierende sowie Volontär*innen und Freiwilligendienstleistenden ermöglichen, für 365 Euro im

Ä3 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu M3

Nach Zeile 7 einfügen:

Unser Ziel bleibt weiterhin ein kostenfreier ÖPNV/SPNV für Alle, mindestens aber für alle prekarierten Einkommensgruppen.

Ä4 Jugenticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu M3

Von Zeile 1 bis 4:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Azubi-Ticket zu einem Jugend-Ticket weiterzuentwickeln. Dieses soll **Schüler*innen**Schüler:innen, Auszubildenden und **Auszubildenden**Studierenden, sowie Volontär*innen und Freiwilligendienstleistenden ermöglichen, für 365 Euro im Jahr den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Begründung

Wir finden, dass auch Studierende außerhalb von Thüringen berücksichtigt werden sollten.

Ä5 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu M3

Von Zeile 1 bis 4:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Azubi-Ticket zu einem Jugend-Ticket weiterzuentwickeln. Dieses soll ~~Schüler*innen und Auszubildenden~~ Jugendlichen bis 27 Jahren zustehen, sowie ~~Volontär*innen~~ Schüler:innen, Auszubildenden, Volontär:innen und Freiwilligendienstleistenden ermöglichen, für 365 Euro im Jahr den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Begründung

Echtes Jugendticket, frei von der Frage der Beschäftigungsart.

Ä1 Grundbedürfnisse II

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu S2

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Thüringen fordern eine gesetzliche Verpflichtung zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser und Brot in allen gastronomischen Betrieben.

Ä2 Grundbedürfnisse II

Antragsteller*in: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Änderungsantrag zu S2

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Thüringen fordern eine gesetzliche Verpflichtung zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser in allen gastronomischen Betrieben zum direkten Verzehr an Ort und Stelle.

Begründung

Dieser Antrag sollte dringend eine Mengenangabe enthalten.

Ä1 Rundfunkbeitrag Fairteilen!

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu S3

Nach Zeile 2 einfügen:

Der Beitrag soll progressiv ansteigen, wenn das Medianeinkommen erreicht ist.

Begründung

Echte Fairteilung bedeutet für uns auch, dass "starke Schultern stärkere Lasten" tragen können.

Ä2 Rundfunkbeitrag Fairteilen!

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu S3

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Thüringen fordern, Menschen ohne Bruttoeinkommen oberhalb der Armutsgrenze grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag auszunehmen.

Zudem fordern wir die Erstellung einer Studie, inwieweit fehlende Gelder ausgeglichen werden müssen und die daraus folgende eventuelle Ausglei chung an Mitteln.

Begründung

Wir finden, dass fehlende Gelder, falls notwendig, ausgeglichen werden müssen um die Qualität und Unabhängigkeit zu erhalten.

Ä1 Mikroplastik – bis zum offiziellen Verbot zumindest Kennzeichnung

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu U3

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

in allzu naher Zukunft gesetzlich festgelegt und umgesetzt werden wird, fordern wir als ersten Schritt die Kennzeichnung von flüssigen und festen Mikroplastik auf den Produkten. Auf den Produkten muss stehen, ob Mikroplastik bei der Produktion zum Einsatz gekommen ist, sich Mikroplastik im Produkt selbst befindet und ob Mikroplastik bei der Verwendung des Produkts entsteht.

Begründung

Wir finden diese Ergänzung wichtig, da Firmen sonst selbst definieren können, was Mikroplastik heißt.

Ä1 Pfand gehört daneben – Lebensmittel auch!

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu U5

Von Zeile 4 bis 6 löschen:

die eine legale und nachhaltige Verwendung von Lebensmitteln ermöglicht, die für den Verkauf in den Supermärkten aussortiert wurden. ~~Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln gesetzlich geregelt werden.~~

Ä2 Pfand gehört daneben – Lebensmittel auch!

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu U5

Von Zeile 4 bis 6:

die eine legale und nachhaltige Verwendung von Lebensmitteln ermöglicht, die für den Verkauf in den Supermärkten aussortiert wurden. ~~Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln gesetzlich geregelt werden.~~ Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln, andere gemeinnützige Organisationen oder lokale und regionale Lebensmitteldepots gesetzlich geregelt werden.

Ä3 Pfand gehört daneben – Lebensmittel auch!

Antragsteller*in: KV Nordhausen

Änderungsantrag zu U5

Von Zeile 3 bis 6:

darf, entsprechend zu reagieren. Es sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine legale und nachhaltige Verwendung von Lebensmitteln ermöglicht, ~~die für den Verkauf in den Supermärkten aussortiert wurden. Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln gesetzlich geregelt werden.~~

Des Weiteren fordern wir, ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung nach dem Vorbild Frankreichs zu beschließen. Dort werden Supermärkte ab einer Verkaufsfläche von 400 Quadratmetern verpflichtet, noch genießbare aber nicht mehr für den Verkauf geeignete Lebensmittel an Wohltätigkeitsorganisationen zu spenden. Die Prüfpflicht muss allerdings weiterhin bei den Supermärkten liegen, um die Arbeit der Wohltätigkeitsorganisationen nicht zu erschweren.

Begründung

Lediglich eine Ergänzung im Sinne des Antrages.

Ä1 Satellitenbetreiber an den Kosten von Weltraumschrott beteiligen

Antragsteller*in: KV Nordhausen

Änderungsantrag zu U6NEU

Von Zeile 1 bis 3:

Die Jusos Thüringen fordern, dass Satelliten-Betreiber*innen mit einem Teil (5%) ~~ihrer erwirtschafteten Gewinne~~ ihres Umsatzes die Erforschung von Lösungen zur Entfernung von Weltraumschrott aus dem Orbit finanzieren müssen. Hierbei soll die OECD die

Begründung

Gewinne lassen sich kleinrechnen. Der Teil des Umsatzes wäre hier besser geeignet, um die notwendige Forschung zu finanzieren.